



Kreisverbandsausschuss | 13.01.2022 | 19.00 Uhr

Antragsmappe

Stand: 13.01.2022 | 12:30 Uhr

Ohne Zeile

Antragssteller: Hans Jochim Stolten

Füge ein: „Die CDU wird sich, um Ansteckungen in Stationären und Beweglichen Innenräumen zu verhindern, intensiv für die Optimierung des Luftaustausches und Wärmerückgewinnung einsetzen.“

Begründung: Um eine Pandemie oder andere Infektionskrankheiten zu verhindern sind 3 Maßnahmen wichtig:

1. Zur Verhinderung von Ansteckungen ist die verbrauchte Atemluft so schnell wie möglich zu entfernen und sicher zu entsorgen. Ergebnisse der Aerosol Forschung, moderne Wohnraumlüftungen und Erfahrungen aus der Tierhaltung zeigen einen einfachen Weg dazu auf. Durch Wärmerückgewinnung werden dabei auch noch die Heizkosten stark gesenkt. Die Luft oben gleichmäßig absaugen und über eine Wärmerückgewinnung unten gleichmäßig frische, sauerstoffreiche Luft wieder zuführen ist das ganze Geheimnis. Da Gesundheit vor Zertifizierung geht, gibt es dort auch keine Hindernisse bei den Bauämtern.
2. Die Vermeidung von Erkrankungen durch wirksame Impfungen oder andere Medikamente.
3. Eine gute medizinische Versorgung erkrankter Personen.

Ohne Zeile

Antragssteller: Hans Jochim Stolten

Füge ein: „Die CDU setzt sich erneut für den Bau des Ring 4 nördlich von Hamburg ein.“

Begründung: Um in dem Großraum Hamburg den deutlich wachsenden Verkehr zu bewältigen ist ein Ring rund um Hamburg nötig. Der Ring 4 wäre ein großer Beitrag um die Vernetzung der Wirtschaft nördlich von Hamburg zu verbessern. Die kürzeren Wege sparen viele Kilometer Fahrstrecke, Kraftstoff und Arbeitszeit. Sie machen ihn damit auch zu einem ökologisch sehr guten Projekt.

Ohne Zeile

Antragssteller: Hans Jochim Stolten

Füge ein: „Die CDU erweitert die Landesbauordnung um Vorgaben zur Nutzung erneuerbarer Energie durch vorausschauende Planung.“

Begründung: Um in dem Großraum Hamburg den deutlich wachsenden Verkehr zu bewältigen ist ein Ring rund um Hamburg nötig. Der Ring 4 wäre ein großer Beitrag um die Vernetzung der Wirtschaft nördlich von

Hamburg zu verbessern. Die kürzeren Wege sparen viele Kilometer Fahrstrecke, Kraftstoff und Arbeitszeit. Sie machen ihn damit auch zu einem ökologisch sehr guten Projekt.

Ohne Zeile

Antragssteller: Hans Jochim Stolten

Füge ein: „Die CDU setzt sich für eine leistungsbezogene Gebührenordnung für Planungen ein.“

Begründung: Die Abrechnung nach Bausumme führt immer wieder zu nicht optimalen Ergebnissen der vorgegebenen Ziele und explodierenden Kosten. Hier ist eine an die Wirklichkeit angepasste Regelung überfällig. Das gute Leistungen bezahlt werden müssen bleibt unbestritten! Aber explodierende Kosten werden im Gewerbebau doch auch nicht akzeptiert. Für den öffentlichen Bereich sind eine genaue Erarbeitung der Ziele und Beschreibung der einzelnen Gewerke oder die Vergabe über eine kommunal eigene GmbH Wege um das Bauen zu optimieren. Darüber sollte in Arbeitskreisen beraten werden. Hier sollten auch über Erfahrungen in anderen Ländern berücksichtigt werden.

Ohne Zeile

Antragssteller: Hans Jochim Stolten

Füge ein: „Die CDU setzt sich für Regelungen ein, die die Gerichte bei kleineren Delikten entlasten.“

Begründung: Es gibt eine allgemeine Unmut über die Nichtverfolgung von kleinen Straftaten wegen Überlastung der Gerichte. Die CDU setzt sich dafür einsetzen durch Schnellgerichte oder, ähnlich wie beim Verkehr, durch einen Bußgeld Katalog zu zeigen, das der Staat sich nicht an der Nase herumführen lässt. Das Klagerecht der Betroffenen bleibt ja unberührt.

Ohne Zeile

Antragssteller: MIT Stormarn

Basierend auf dem ausführlichen Wahlprogramm wird eine kompakte Zusammenfassung erstellt. Diese soll die wichtigsten Ziele beinhalten, Maßnahmen zu deren Erreichung formulieren und für die interne Überprüfung Messgrößen über den Erfolg festlegen. Dabei werden bis zu 20 Ziele aus den Handlungsfeldern des Wahlprogramms bestimmt.

Begründung: Das CDU-Wahlprogramm liegt allen CDU-Mitgliedern vor. Das ist vorbildlich früh und gibt ausreichend Raum für inhaltliche Diskussionen. Erkennbar ist, dass in dem Programm viel gute Arbeit steckt und alle wesentlichen Aspekte thematisiert werden. Bei diesem Umfang fehlt zwangsläufig die Fokussierung auf das Wichtigste. Deshalb ist eine komprimierte Fassung wichtig, um Schwerpunkte erkennbar zu machen, eine breitere Leserschaft in Bevölkerung und Partei zu erreichen und innerhalb der Partei eine gemeinsame kommunikative Stoßrichtung in der Öffentlichkeit zu erreichen.

In der kompakten Wahlprogrammfassung sollen die wichtigsten (bis maximal) 20 Punkte aus fünf Handlungsfeldern kurz und knapp formuliert werden. Die fünf Handlungsfelder sichern eine ausgewogene Politikbreite, die den Auftritt als Volkspartei unterstreicht.

Vorgeschlagen werden dafür die folgenden fünf Zielbereiche:

- Bis zu vier übergeordnete Ziele (z.B. Bildung, Klimaschutz, Sicherheit, Wohnen)
- Finanzen (bis zu vier Ziele: z. B. Schuldenbremse, Ausgaben-/Einnahmen im Haushalt), Pensionslastenentwicklung, Investitionen und Investitionsanteil im Haushalt)
- Bürger als Unternehmer (bis zu vier Ziele)
- Bürger als Arbeitnehmer (bis zu vier Ziele)
- Prozesse/Digitalisierung (bis zu vier Ziele)

Zur Erreichung jedes Zieles werden Maßnahmen beschrieben. Soweit vorhanden, können Sie dem Wahlprogramm entnommen werden. CDU-intern gehören auch Messgrößen zu diesem Konzept, um einen Erfolgsmaßstab zu haben. Was nicht messbar ist, eignet sich auch nicht als Ziel. Der Dreiklang aus Zielen, Maßnahmen und Messgrößen macht erfolgreiches Regieren möglich und erzeugt Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit. Die CDU will eine Modernisierung! Das kompakte Wahlprogramm als Ergänzung zur Langfassung ist ein Schritt in diese Richtung.

Ohne Zeile

Antragssteller: MIT Stormarn

Das CDU-Wahlprogramm wird ergänzt um den Punkt: „Finanzielle Rahmenbedingungen“. Dieser Punkt wird vor dem Abschnitt „Bildung“ zu Beginn in Ziff. 1 eingefügt:

Finanzielle Rahmenbedingungen

In den kommenden Jahren werden auch in Schleswig-Holstein die geburtenstarken Jahrgänge der Bevölkerung aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Damit entwickelt sich das Verhältnis von arbeitender Bevölkerung zu Rentnern verstärkt ungünstig. Auch die Pensionslasten der Beamtinnen und Beamten steigen, für die keine Altersvorsorge in den Haushalten getroffen wird. Die Folge sind weniger Steuereinnahmen und höhere Ausgaben des Staates. Zudem werden Bevölkerung und Wirtschaft durch höhere Sozialabgaben belastet werden. Qualifizierte Zuwanderung kann diese Entwicklung mildern, aber nicht ausgleichen. Sonstige Migration wird hingegen die Haushalte zusätzlich belasten. Gleichzeitig zeigen wissenschaftliche Untersuchungen, dass Deutschland und Europa an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Daraus ergeben sich ebenfalls Belastungen für die öffentlichen Haushalte. Gleichwohl bedarf es verstärkter Investitionen der öffentlichen Hand in die Infrastruktur und Forschung, der Anteil der Investitionen am Haushalt muss zur Wohlstandssicherung steigen. Damit stellen die nächsten Jahre eine große Herausforderung für die Politik dar. Die Steuer- und Abgabenbelastung der Erwerbstätigen und Unternehmer ist in den letzten Jahren wieder kontinuierlich gestiegen. Die kalte Progression ist hier der bedeutendste Treiber. Bereits bei einem Bruttoeinkommen von derzeit 57.919 Euro wird der Spitzensteuersatz von 42 % erreicht, bei Ehepaaren sind es derzeit 115.838 Euro. Viele Bürger tragen folglich zusammen mit den Sozialabgaben (Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung) eine sehr hohe Abgabenquote. Hinzu kommen die verschiedenen indirekten Steuern wie die Mehrwertsteuer, die Benzinsteuern oder die Stromsteuer. Weitere Belastungen halten wir für nicht mehr vertretbar, sie gefährden den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir setzen uns für einen Staat ein, der dem Bürger wieder mehr netto vom Bruttoeinkommen lässt. Alle wünschenswerten Staatsausgaben müssen sich diesem Rahmen unterordnen. Nur wenn wir es schaffen, dass Leistung und Unternehmergeist Wirtschaftswachstum schaffen, sind steigende Ausgaben des Staates zu verantworten. Das Ausgabenwachstum soll bei guter Konjunkturlage

niedriger als das der Einnahmen bleiben. Wir bekennen uns aus Überzeugung zur Schuldenbremse. Der politische Wettbewerb will Ausgabenwünsche über Kredite finanzieren. In keinem Land der Welt ist dies längerfristig gut gegangen. Die späteren notwendigen Einschnitte waren dann um so schmerzhafter. Hohe Staatsschulden und die expansive Geldpolitik der EZB führen zu steigender Inflation. Erstmals seit Jahrzehnten erleben wir wieder eine Inflation von über 4 Prozent. Unser Einkommen verliert seine Kaufkraft. Führende Volkswirte sehen dies nicht als einmalige Erscheinung des Jahres 2021 an. Die Gefahr von länger andauernder Inflation ist gegeben. Inflation ist unsozial. Sie vernichtet neben dem Einkommen den Wert des von unseren Bürgern mühsam Ersparten, den mittlerweile nahezu zinslosen Einlagen. Dagegen führen die Wertpapierankäufe der EZB zu steigenden Preisen von Aktien, anderen Finanzmarktanlagen sowie Immobilien. Der Normalverdiener hat aber hiervon keinen Vorteil und die Gefahr, dass diese Blasen in den nächsten Jahren platzen, ist konkret vorhanden. Sobald die Zinsen steigen, wird dies die öffentlichen Haushalte massiv belasten. Deshalb muss die Inflationsbekämpfung jetzt vorausschauend mit moderaten, aber konsequenten Schritten beginnen. Die gesetzlich verankerte Verantwortung der EZB ist einzufordern.

Begründung: Die „Finanziellen Rahmenbedingungen“ geben den umfangreichen und fachkundigen Einzelvorschlägen ein Korsett und dienen gleichzeitig als roter Faden. Damit setzen wir uns auch Grenzen in unserem Ausgabenverhalten. Zudem wird das Thema Inflation aufgegriffen, das für alle Lebensbereiche der schleswig-holsteinischen Bürger von großer Bedeutung ist.

Zeile 177

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ergänze: Das PIA-Modell muss als Angebot zahlenmäßig an den Bedarf angepasst und die Finanzierung der Ausbildung und der Praxisanleitung muss vom Land übernommen werden. Ausreichende Schulplätze müssen hierfür sichergestellt werden.

Begründung: Auszubildende in den ersten beiden Jahren können nicht auf den Personalschlüssel angerechnet werden. Die Ausbildung erfolgt zugunsten der Allgemeinheit, eine Übernahme in der auszubildenden KiTa ist nicht garantiert. Es ist aber wahrscheinlich, dass die Auszubildenden in SH bleiben. Die Kommunen dürfen nicht belastet werden.

Zeile 199

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ergänze: Wir werden die finanzielle Unterstützung (Land)....~~weiter ausbauen~~ übernehmen.

Begründung: Erfolg ggf. mündlich

Zeile 216

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ergänze: von ärztlichen und sonderpädagogischen Förderbedarfen....

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 218

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ergänze: ...verbindliche Förderangeboteprogramme

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 241

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ergänze: ..., das Programm beinhaltet auch den Schwimmunterricht.

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 253 - 254

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ergänze: ~~Mit einem BildungsPlus-Programm wollen wir Kinder umfassend auf die Schule vorbereiten.~~ Wir wollen Vorschulklassen an Grundschulen einrichten, um allen Kindern die Möglichkeit an einer verbindlichen Vorbereitung für die Schulen teilzunehmen.

Begründung: Die Qualität der Vorschularbeit in KiTas hängt vom Träger und Personal bzw. Personalschlüssel ab. Noch immer besuchen nicht alle Kinder die KiTa. Ein verbindliches Angebot für wirklich alle Kinder wird nur an Schulen erreicht werden.

Zeile 274

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ergänze: ...und Medienkompetenz.

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 285

Antragssteller: Jörn Lucas

Ergänze: „Dabei sollen zur Leistungsförderung schul- und schulartübergreifende Bewegungsangebote, z.B. Jahrgangsmannschaften/Trainingsgruppen in Ballsport- oder Individualsportarten möglich sein, so dass in einer Region die größeren Sportarten ermöglicht werden.“

Begründung: Es ist wichtig, dass diese zusätzliche Bewegungsstunden auch Schulübergreifend stattfinden können müssen, denn sonst gibt es keine Bewegungsvielfalt, sondern nur in jeder Schule eine Fußball AG oder - schlimmer - eine nicht sportorientierte Bewegungsstunde. Dabei ist diese Idee ausgesprochen sinnvoll, sie ermöglicht auch eine Leistungsförderung von bewegungsbegabten Kindern. Deshalb ist die schulübergreifende Bewegungs-AG auch so wichtig.

Zeile 313

Antragssteller: Kreisfachausschuss Umwelt

Ergänze: „Die Auseinandersetzung mit dem Thema Umwelt/Umweltschutz ist elementar für die Entwicklung unseres Landes. Daher sind im Bereich Bildung alle Lehrpläne darauf durchzusehen, dass diesem Aspekt in jedem Schulfach auch Rechnung getragen wird. Ggf. ist es erforderlich, ein eigenständiges Fach „Umwelt“ einzurichten.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich.

Zeile 384 - 385

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ersetze: ...Schulbücher ergänzen.

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 420

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ergänze: Die Lehrkräftegewinnung und die langfristige Bindung von Lehrkräften gerade in den MINT-Fächern bleibt

Begründung: Nicht nur die Neugewinnung ist wichtig. Leider verlassen auch viele Lehrkräfte die Schulen, die aufgrund von schlechten Arbeitsbedingungen frustriert in andere Bereiche wechseln. Durch die Verbesserung von Arbeitsbedingungen müssen auch bestehende Lehrkräfte gebunden werden.

Zeile 430

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ergänze: Data Science sowie Psychologie und verstärkt Pädagogik sollen in allen.

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 440

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ergänze: Eine zielgerichtete Aufarbeitung von Informationen für die Lehrkräfte ist erforderlich. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, wie z.B. kleinere Klassen und eine zeitliche Entlastung für zusätzliche Aufgaben ist anzustreben.

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 452

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ergänze: Fortbildung bei gleichzeitiger Entlastung nachweisen.

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 522

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ergänze: Raum- und Personalkapazitäten finanziell unterstützen.

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 531

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ersetze: : ~~fortsetzen~~ stark erweitern.

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 536

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ersetze: : Die Perspektivschulen, wie z.B. die Unesco-Schulen, sollen

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 560

Antragssteller: Jörn Lucas

Ergänze: „Dazu wird die Koordination, Aufsicht, Einrichtung und Aufgabendefinition durch das Land übernommen. Die Schulsozialarbeit geht damit in die Trägerschaft des Landes über.“

Begründung: Es fehlt an einer gesetzlichen Regelung der Schulsozialarbeit (SSA), in der die Aufgaben beschrieben und definiert werden. Durch die Einbindung in das System Schule auf das die Träger keinen Einfluss haben befindet sich die Schulsozialarbeit in einer Aufgabengrauzone.

Die SSA leisten wichtige Arbeit, aber sie geht nach unserer Auffassung doch deutlich über ihren Kernauftrag hinaus. Es ist nicht die Aufgaben von SSA Eltern beim Gang zum Sozialamt zu begleiten oder mit Ihnen Anträge auszufüllen. Einer Diskussion über die Aufgabenfelder von SSA entzieht sich Schule, weil dies in den inneren Organisationsbereich von Schule betrifft. Daher muss der gesamte Komplex SSA in die Betreuung und die Beaufsichtigung durch das Land übernommen werden.

SSA ist Teil des Betriebs von Schule und greift maßgeblich in den Schulbetrieb ein. SSA ist daher anders zu betrachten und zu behandeln als der(haus)technische Betrieb von Schule, der sinnvollerweise durch den

Schulträger zu leisten ist.

Zeile 567

Antragssteller: Jörn Lucas

Füge ein in 567 nach „die Schulsozialarbeit“ und vor „bei Anerkennung“: „...als Landesaufgabe ...“

Begründung: Es fehlt an einer gesetzlichen Regelung der Schulsozialarbeit (SSA), in der die Aufgaben beschrieben und definiert werden. Durch die Einbindung in das System Schule auf das die Träger keinen Einfluss haben befindet sich die Schulsozialarbeit in einer Aufgabengrauzone.

Die SSA leisten wichtige Arbeit, aber sie geht nach unserer Auffassung doch deutlich über ihren Kernauftrag hinaus. Es ist nicht die Aufgaben von SSA Eltern beim Gang zum Sozialamt zu begleiten oder mit Ihnen Anträge auszufüllen. Einer Diskussion über die Aufgabenfelder von SSA entzieht sich Schule, weil dies in den inneren Organisationsbereich von Schule betrifft. Daher muss der gesamte Komplex SSA in die Betreuung und die Beaufsichtigung durch das Land übernommen werden.

SSA ist Teil des Betriebs von Schule und greift maßgeblich in den Schulbetrieb ein. SSA ist daher anders zu betrachten und zu behandeln als der(haus)technische Betrieb von Schule, der sinnvollerweise durch den Schulträger zu leisten ist.

Zeile 582

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ergänze: : Eltern müssen Unterstützung erfahren und Bürokratie muss abgebaut werden.

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 585

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ergänze: Sonderpädagogen schaffen. Wir werden für diese Studienrichtung werben und den Beruf attraktiver gestalten.

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 589

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ergänze: ... von Förderzentren mit eigenen Schülern....

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 638

Antragssteller: Jörn Lucas

Setze „Verwaltungsleitungen an großen Schulen wollen wir erproben“ voran: „Im Landesdienst angesiedelte...“

Begründung: Verwaltungsleitungen sind eine sinnvolle Idee. Es ist absurd, wenn Pädagogen mit Verwaltungsaufgaben überhäuft werden. Sie sind dafür nicht ausgebildet und können ihre Arbeit in ihrem Kompetenzbereich - dem Unterricht - nicht leisten. Die Einrichtung von Verwaltungsleitungen in Schulen, durchaus auch schulübergreifend, ist eine sinnvolle Idee, nicht nur für große Schulen. Das darf aber nicht der Versuch sein, Kosten auf die Schulträger abzuwälzen.

Zeile 865 - 882

Antragssteller: Wulf Henning Reichardt

Ersetze durch: „Schleswig-Holstein ist das Land zwischen den Meeren mit seiner wunderbaren Landschaft, Natur und vielen kulturellen Sehenswürdigkeiten und hat deshalb einen besonderen Reiz als Tourismusregion.

Schleswig-Holsteins Wirtschaftsstruktur ist geprägt von kleinen und mittelständischen Betrieben. Ihre Vielfalt, Wettbewerbsfähigkeit und Unabhängigkeit hat besonders in der Coronazeit große Widerstandskraft bewiesen. Deshalb muß die Mittelstandspolitik das gelebte Markenzeichen unserer Politik sein.

Schleswig-Holstein hatte bislang eine Randlage und war arm an Bodenschätzen aber reich an Wind und Meeren.

Doch zwei Entwicklungen werden unser Land nachhaltig beeinflussen:

1. Es ist auch die Brücke zwischen Skandinavien und dem übrigen Europa. Das wird jetzt besonders hervorgehoben durch die Schaffung der Hansebelt Region Hamburg Kopenhagen. In dieser Modellregion der EU werden über Ländergrenzen hinweg mehr als 9 Millionen Einwohner in einem dynamischen Wirtschaftsraum zusammengeführt.
2. Schleswig-Holstein ist arm an Bodenschätzen, allerdings eröffnen der Klimawandel und die Energiewende ganz neue Perspektiven. Jetzt können zukunftssträchtige, klimagerechte Lösungen zur wirtschaftlichen Herstellung von Energie und Rohstoffen aus Wind und Meerwasser entwickelt werden.

Um unseren Wohlstand zu erhalten und auszubauen, denken wir Wirtschaft, Wissenschaft, Umwelt und Infrastruktur zusammen. Zukunftssträchtige Forschung, Entwicklung und Unternehmergeist sind die Innovationstreiber für unsere Entwicklung.

Das gibt uns dann auch die Möglichkeit, mit der Infrastruktur der Zukunft Zeichen zu setzen, denn

Verkehrswege sollen verbinden und nicht trennen.

Diese Großprojekte bieten uns enorm viele Zukunftschancen, aber stellen uns auch vor große Herausforderungen. Sie sind nur zu bewältigen mit privaten und staatlichen Investitionen.

Zu dieser engen Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik stehen wir.“

Begründung: Erfolg ggf. mündlich

Zeile 884 - 889

Antragssteller: Wulf Henning Reichardt

Ersetze durch: „Wir bekennen uns zum Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft. Dabei sorgen wir für die Freiheit der Wirtschaft und einem funktionierenden Wettbewerb. Nur so können Ökonomie, Ökologie und soziale Sicherheit, die drei Säulen unserer Wirtschaftspolitik, gewahrt bleiben.“

Unsere Zukunft möchten wir weiter ausbauen, mit Forschungsergebnissen stärken aber auch Innovationsgeist wecken. Das gilt für kleine Start-ups über den Mittelstand bis hin zu Großbetrieben.

Dazu gehört für uns auch das partnerschaftliche Miteinander der Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbänden. Die Tarifautonomie muß wieder gestärkt werden auch zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit.

So wollen wir gute und sichere Arbeitsplätze in unserem Land erhalten.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 913

Antragssteller: Wulf Henning Reichardt

Ergänze nach „maritimer Wirtschaft“: „und Meerestechnologie“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 914

Antragssteller: Wulf Henning Reichardt

Ergänze nach „chemische Industrie“: „Landwirtschaft,“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 914

Antragssteller: Wulf Henning Reichardt

Ergänze nach „Energiewirtschaft“: „und umweltverträglicher Schienen- und Straßenbau“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 935 - 942

Antragssteller: Wulf Henning Reichardt

Ersetze durch: „Mit der Schaffung der Modellregion Hansbelt Hamburg Kopenhagen und der Einbindung der Metropolregion Hamburg entsteht ein neuer Wirtschaftsraum an Nord- und Ostsee, der die vier Bundesländer Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit 17 Landkreisen und 3 kreisfreien Städten mit der dänischen Region Kopenhagen und dem schwedischen Gebiet um Malmö verbindet. Ein sichtbares Zeichen ist der Bau der festen Beltquerung und wird ergänzt durch die schon bestehende Jütlandroute über Flensburg – Neumünster

Um die Chancen und wirtschaftlichen Potenziale voll zu nutzen, dürfen diese Verkehrsströme nicht nur ein Transit durch unser Land sein, sondern sind auszuschöpfen für vielfältige Dienstleistungen und Ansiedlungen von Gewerbebetrieben aber auch gemeinsamen Forschungseinrichtungen. Der besondere Reiz liegt dabei in der flächendeckenden Verteilung der Verkehre, weil damit auch die meisten Gebiete der Modellregion besser eingebunden werden und die neuen Märkte nutzen können und so den Mittelstand stärken.

Auch hier müssen wir neue Wege gehen, wollen wir eine Übersiedelung und Überlastung in Kreisen wie Stromarn verhindern. **Deshalb sprechen wir nicht von Achsen sondern von Räumen!!**

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 1047

Antragssteller: Kreisfachausschuss Arbeit, Soziales und Gesundheit

Ergänze: „Wir werden die Ausbildung im Bereich der Pflege- und Krankenberufe verbessern, indem wir diese Berufsgruppen von unnötiger Bürokratie entlasten. Wir werden ein klares Konzept für die Nachwuchsgewinnung in Kranken und Pflegeberufen gemeinsam mit den Arbeitgebern und den Angestellten ausarbeiten. Ausbildungsgänge in schulischer Ausbildung, im Bereich von systemrelevanten Berufen sollen dauerhaft vom Schulgeld befreit werden. Eine Ausbildungsvergütung wird angestrebt.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 1047

Antragssteller: Kreisfachausschuss Arbeit, Soziales und Gesundheit

Ergänze: Hinsichtlich der Umsetzung der Kita-Reform macht sich bemerkbar, dass wir zu wenig Fachkräfte haben. Wir wollen eine Fachkraft-Anerkennung von fachähnlichen Berufen umsetzen. Weiterhin wollen wir die Ausbildung (PIA) stärken. Dafür wollen wir, dass in den Einrichtungen Personal explizit für die Ausbildung bereitgestellt wird, sodass für die praxisnahe Ausbildung feste Ansprechpartner vorhanden sind, die auch die nötige Zeit für eine gute Ausbildung gewährleisten können. Eine Ausbildungsvergütung wird eingeführt.

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 1054

Antragssteller: Kreisfachausschuss Arbeit, Soziales und Gesundheit

Ergänze: Mit einer gezielten Kampagne werden wir im Ausland für Fachkräfte in den besonders vom Fachkräftemangel betroffenen Branchen werben und diese Fachkräfte bei der Eingliederung und Integration, z. B. hinsichtlich der sprachlichen Kompetenz stärken.

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 1277

Antragssteller: Kreisfachausschuss Bildung

Ergänze: Hier die beiden Professorenstellen (Zeile 260/261: Professur für frühkindliche Bildung und 458: Professur für digitale Bildung und KI) mit aufnehmen

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 1431 - 1435

Antragssteller: Wulf Henning Reichardt

Ersetze durch: „Infrastruktur dient in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein nicht nur der Wirtschaft sondern ganz besonders der Gleichberechtigung der gesamten Bevölkerung. Sie sorgt auch dafür, dass in der „Fläche“ Arbeitsplätze errichtet werden können und so der „Berufsverkehr“ verringert wird.

Daher muß Infrastrukturpolitiik stets auf diesen Nutzen ausgerichtet sein, frei von ideologischer Bevormundung.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 1444 - 1445

Antragssteller: Wulf Henning Reichardt

Ersetze durch: „Die A20 wurde auch geplant als Querverbindung der Metropolregion Hamburg von Cuxhaven bis Wismar. Durch die feste Fehmarnbeltquerung (FBQ) wird sie unbedingt gebraucht als nördliche Umgehung von Hamburg und zur Entlastung der A 1.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 1446 - 1449

Antragssteller: Wulf Henning Reichardt

Ersetze durch: „Die FBQ mit ihrer Hinterlandanbindung ist das wichtigste Infrastrukturprojekt der europäischen Modellregion Hamburg Kopenhagen mit rund 9 Millionen Einwohnern und hat damit höchste Priorität. Durch den Bau des kombinierten Eisenbahn- und Straßentunnels zwischen Fehmarn und Lolland rücken der skandinavische Raum und Kontinentaleuropa dichter zusammen. Deshalb müssen wir alle Möglichkeiten ausnutzen, Schienen und Straßen richtungsweisend für Mensch und Natur verträglich in unsere Region einzubinden. Verkehrswege sollen verbinden und nicht trennen! Auch müssen hier uns Wissenschaft und Forschung unterstützen, um die Belastung für Mensch und Tier so gering wie möglich zu halten. Besonders die A1 eignet sich als eine der befahrendsten Autobahnen als Modell dafür. Kann so auch ein Geschäftsmodell sein.

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 1449

Antragssteller: Jörn Lucas

Ergänzungsantrag: Ergänze nach 1449:

Dabei müssen auch die Bestandsstrecken zwischen Lübeck und Hamburg zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen erhalten.

Zudem müssen die Verkehrsströme so geleitet werden, dass die bereits jetzt ausgelastete Strecke Lübeck-Hamburg nicht über die Maßen überlastet werden. Hierbei ist ein zweigleisiger Ausbau der Strecke Lübeck-Büchen-Lüneburg anzustreben.

Begründung: Bisher verweigert die Deutsche Bahn zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen an den Bestandsstrecken Lübeck-Hamburg. Das ist nicht nur unverständlich, es gefährdet auch die Akzeptanz des Projekts.

Zudem ist die Strecke Lübeck-Hamburg schon jetzt zu 120% ausgelastet. Einen zusätzlichen Verkehr kann die Strecke auch nicht durch die neue S4 abfangen, denn für die S4 gibt es nur sehr eingeschränkt neue Gleise. Der Verkehr muss, damit insbesondere der ÖPNV nicht – wie schon jetzt oft – zum Erliegen kommt, auf die vorhandenen Strecken verteilt werden und hierfür wird auch ein zweigleisiger Ausbau der Strecke Lübeck-Lüneburg benötigt.

Zeile 1464

Antragssteller: Wulf Henning Reichardt

Ergänze durch: „Das alles kann nur gelingen, wenn die Betroffenen frühzeitig in die Pläne eingebunden werden und die Ungleichbehandlung von Bestands- und Neu- bzw. Ausbaustrecken abgeschafft wird.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 1465 - 1469

Antragssteller: Wulf Henning Reichardt

Streiche ersatzlos

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 1468

Antragssteller: Sven Meding

Streiche des Satzes „Weiterhin setzen wir uns...“

Setze: „Durch eine intelligente Verteilung von Gütern bereits in Schleswig-Holstein und die Nutzung weiterer elektrifizierter Schienennetze tragen wir zur Beschleunigung des Güterverkehrs und einer Entzerrung des Knotenpunktes Hamburg bei. Dabei beachten wir die FFH Richtlinien der EUR und machen und für übergesetzlichen Lärmschutz stark.“

Begründung: Bereits jetzt findet in Lübeck-Dänischburg und am Skandinavienkai ein schnellerer Schiene-Schiene Umschlag im MegaHub Verfahren statt. Durch eine Stärkung des Standorts könnte eine Verteilung von Gütern bereits in S-H. statt in Maschen stattfinden.

Güter könnten bereits hier umgestellt und über die im BVWP vorgesehenen Strecken Lübeck-Bad Kleinen-Stendal Richtung Osten geleitet werden. Über die ebenfalls im BVWP vorgesehene Elektrifizierung der Strecke Lübeck-Büchen- Lüneburg-Maschen, kann die bisher vorgesehene Strecke über Lübeck-Bad Oldesloe-Ahrensburg-Maschen entlastet werden. In den bisherigen Planungen ist auch ein Schutzgebiet im Norden Hamburgs betroffen, dass eine Prüfung der Richtlinien des FHH der EU erforderlich macht.

Vorteile:

Beachtung der FHH Richtlinien der EU

Entzerrung der starkfrequentierten Strecken von Lübeck bis Hamburg

Verteilung der Lärmbelastungen auf mehrere Strecken in zumutbarer Weise

Zeile 1477

Antragssteller: Sven Meding

Ergänzung folgende Punkte:

- „Wir wollen eine Stärkung der Güterumschläge im Lübecker Hafen und eine Entzerrung der vorhandenen, durch Ausbau und Nutzung weiterer Strecken“
- „Wir werden bei allen Infrastrukturnaßnahmen die geltenden EU FHH Richtlinien beachten“

Begründung: Die Ergänzung der Punkte ist die Folge der Aufnahme der Änderungen ab Zeile 1468.

Zeile 1575

Antragssteller: Wulf Henning Reichardt

Ergänze nach „In diesem Sinne wollen wir unser Schienennetz erweitern und verbessern“: „Dabei ist es aber erforderlich, den landesweiten Nahverkehrsplan zu überarbeiten und mit den Bedürfnissen durch die Modellregion Hamburg - Kopenhagen auch in Einklang zu bringen. Außerdem ist das erhöhte Aufkommen an Personen- und Güterfernverkehr durch die feste Fehmarnbeltquerung.zu berücksichtigen.

Um eine hohe Qualität des Schienenverkehrs dauerhaft sicherzustellen, müssen wir auch hier umdenken von hochbelasteten Verkehrsachsen zu Verkehrsräumen. Damit wir den Hauptstrecken die Anfälligkeit zu nehmen aber auch noch Reserven für Verbesserungen zu lassen, muss der Verkehr auf deutlich mehr Mittel- und Nebenstrecken verteilt werden. Dadurch werden sie auch wirtschaftlicher, wenn sie besser in das Schienennetz eingebunden werden.

Trotz des vierspurigen Ausbaus der S4 von Ahrensburg bis nach Elmshorn erweist sich Hamburg als gewaltiges Nadelöhr, aber auch die Strecke Bad Oldesloe – Hamburg wird einer Aufnahme des zweispurigen Verkehrs der Strecke Neumünster – Bad Oldesloe nicht mehr gewachsen sein. Es sei denn, man entlastet sie von anderen Verkehren.

Gerade der Beltregion mit der Metropolregion Hamburg mit ihren mehr als 9 Mio. Einwohnern steht ein ausgebaut Schienennetz mit Modellcharakter gut.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 1577 ff.

Antragssteller: Sven Meding

Ändere wie folgt:

„der S4 Ost Ausbau sollte bis Ahrensburg erfolgen. Verlängerung der RB 82 von Neumünster bis Ahrensburg im ½-Stundentakt. Umbau des Bahnhofs Ahrensburg mit einem Kopfgleis als Wendemöglichkeit für die RB 82. RE 80 mit zusätzlichem Halt in Bargteheide.“

Begründung: Mit der SPNV-Vergabe ist beschlossen, dass der Takt der RB 81 von 2022 bis 2035 ganztägig und an allen Wochentagen im ½-Takt angebunden wird. Mit der bisherigen Planung zur S4 ist vorgesehen, dass die S4 ab 2024 in der Haupt-verkehrszeit (I) von Hamburg kommend, im 20 min-Takt fährt, dann aber in Bargteheide endet. Nurjede zweite S4 fährt noch bis Bad Oldesloe weiter. In den Nebenzeiten verkehrt die S4 generell im Stundentakt. D.h., es kommt zu einer Verschlechterung im Personennahverkehr, da nur noch die Möglichkeit besteht 1x je Stunde nach Bad Oldesloe zu fahren und auch in den Nebenzeiten generell weniger Züge fahren.

Die Planungen zur S4 Ost widersprechen zudem der Zielerreichung des sog. Deutschlandtaktes. Danach werden die größten deutschen Städte im ½h-Takt angefahren. Die Regionalbahnen fahren alle ½ h zu den Knotenbahnhöfen. Dort kann umgestiegen und schnell weitergefahren werden. Bad Oldesloe ist ein solcher Knotenpunkt und soll nach den bisherigen Planungen jeweils um Halb und zur vollen Stunde erreicht werden.

Mit der Rückstufung von Regionalbahnen zur S4 Anbindung, wird dieses Ziel aufgegeben. Es wird zudem mit der S-Bahn ein Zug eingesetzt, der weniger Fahrgäste transportieren kann als die Doppeldecker der RB. Damit müsste die S4 eigentlich öfter fahren und das ohnehin stark frequentierte Schienennetz würde noch stärker belastet. Mit dem RE Halt würde insbesondere in Bargteheide eine attraktive Alternative für Pendler sowohl Richtung Lübeck als auch Hamburg entstehen. Mit dem Einsatz der Baureihe 146 als Lok, ist der zusätzliche Halt auch technisch umsetzbar.

Weitere Punkte sprechen ebenfalls gegen den geplanten Ausbau der S4:

Die Bahnsteighöhen von RB und S-Bahn sind unterschiedlich hoch und erschweren die Barrierefreiheit bei Zugausfällen und Einsatz von Ersatzzügen Die Ausbaupläne im BVWP (2-011-v01) im Rahmen der Hinterlandanbindung zur Fehmarnbelt Querung sehen Ausbauten u.a. auf der genannten Strecke mit Überholgleisen vor. Dabei sind Bereiche betroffen, die aufgrund der EU FHH Richtlinie eine alternative Streckenplanung -prüfung erfordern werden.

Durch die stark frequentierte Strecke sind Zugausfälle und Zugverspätungen vorhersehbar. Dieses widerspricht dem Ziel eines attraktiven ÖPNV.

Die benannten Maßnahmen zum Nahverkehrsplan kurz mit „S4“ zu benennen greift nach dem genannten zu kurz und es bedarf der erläuternden Einfügung.

Zeile 1589

Antragssteller: Jörn Lucas

Ergänze in1589 nach „Bergedorf – Geesthacht vorantreiben“: „Es soll geprüft werden, ob eine Reaktivierung der Bahnstrecke Hagenow Land–Bad Oldesloe (Kaiserbahn) möglich ist.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 1602

Antragssteller: Jörn Lucas

Ergänze nach 1602: „Zum Beispiel soll der Fahrradweg entlang der B 75 soll zwischen Bad Oldesloe und Lübeck über Reinfeld soll so schnell wie möglich ausgebaut, bzw. eingerichtet werden.“

Begründung: Die genannte Strecke existiert teilweise nicht oder ist in einem erbärmlichen Zustand. Es schließt auch die Lücke der Veloroute Hamburg-Lübeck.

Zeile 1723 - 1730

Antragssteller: Jörn Lucas

Streiche: „Als erstes Land begleiten und fördern wir in Schleswig-Holstein Gaming und eSports unter dem Aspekt der Begleitung als ein Teil der Jugendkultur. Dabei stehen die Medienkompetenz, Suchtprävention und Gesundheitsförderung im Vordergrund. Den begonnenen Prozess werden wir fortsetzen. Ferner setzen wir uns im Bund weiter dafür ein, dass eine eSport-Sparte im Sportverein die Gemeinnützigkeit nicht in Frage stellt. Über eine im Rahmen des Ziel- und Leistungsvereinbarungsprozesses mit der FH Westküste zu entwickelnde eSports-Akademie werden wir die wissenschaftliche Ausbildung im Land stärken. Große Gaming und eSport-Events in Schleswig-Holstein wollen wir ermöglichen. Gaming werden wir als Wirtschaftsfaktor im Land unterstützen.“

Begründung: Auch wenn die Industrie das Wort SPORT in „eSports“ etablieren konnte, hat eSport keine der Allgemeinheit nutzende Struktur. Es ist ein durchkommerzialisierter Bereich und bedarf keinerlei zusätzlicher staatlicher Mittel zur Unterstützung.

Zeile 1760 - 1761

Antragssteller: Jörn Lucas

Streiche: „Wir tragen weiterhin zur Stärkung von eSports und Gaming in Schleswig-Holstein bei. Wir planen eine eSports-Akademie und unterstützen große eSports- und Gaming-Events im Land.“

Begründung: Auch wenn die Industrie das Wort SPORT in „eSports“ etablieren konnte, hat eSport keine der Allgemeinheit nutzende Struktur. Es ist ein durchkommerzialisierter Bereich und bedarf keinerlei zusätzlicher staatlicher Mittel zur Unterstützung.

Zeile 1807

Antragssteller: Jörn Lucas

Ergänze neuen Punkt: „Wir wollen die Einrichtung Digitaler Abholterminals unterstützen und werden ein entsprechendes Förderprogramm einrichten.“

Begründung: Mit digitalen Abholterminals können auch umfangreiche Dokumente ohne Termin 24/7 ausgegeben werden. In dieser Abholterminals werden – Packstationen vergleichbar – Dokumente zur Abholung hinterlegt. Das System kommt auch für die Ausgabe Kommunalpolitisches Sitzungsvorlagen in Frage.

Zeile 1825

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Ergänze: „Gerade im Ballungsraum zu Hamburg können die Kommunen im Ringen um qualifiziertes Personal nicht mithalten. Sowohl bei der Beamtenbesoldung als auch bei den Angestellten im Öffentlichen Dienst werden wir hier geeignete Instrumente prüfen. Dies umfasst Anhebungen, flexiblere Entgeltmodelle, Leistungsprämien und Standortzuschläge ebenso wie die Möglichkeit eines eigenen Tarifvertrags. Wir werden auf Landesebene ein Konzept entwickeln, das der Akquise und dem Halten von Fachkräften in der kommunalen und der Landesverwaltung dient und diese damit zukunftsfähig macht.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 1839

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Ergänze als weiteren Punkt: „Wir werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landesdienst die Aufnahme eines Dualen Studiums als Weiterqualifizierung zur Fachkräftegewinnung ermöglichen.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 2048

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Ergänze: „Dabei werden der freiwillige Zusammenschluss und vor allem die interkommunale Zusammenarbeit unterstützt und in näher zu bestimmenden Fällen auch gefördert.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 2054

Antragssteller: Jörn Lucas

Ergänze „nach einfacher ermöglicht werden soll“: „Es ist zu prüfen, ob eine Beurlaubung aus einem kommunalpolitischen Mandat (also ein Ruhenlassen auf Zeit) aus familiären (Elternzeit, Pflegezeit) oder beruflichen (Referendariat, Praktika, Auslandssemester) Gründen eingeführt werden kann. Das ermöglicht eines Mandats noch vor Beginn der neuen Wahlzeit und erleichtert die Übernahme und Wiederaufnahme von kommunalpolitischen Mandaten.“

Begründung: Aus bestimmten Gründen kann eine Beurlaubung sinnvoll sein, wenn der Grund für eine Beurlaubung temporär ist. Die Möglichkeit ein Mandat ruhen zu lassen, gibt es in verschiedenen Bundesländern und es ist zu prüfen, ob dies auch für Schleswig-Holstein möglich ist.

Zeile 2058

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Ergänze nach „gestellt werden“: „Die Aufwandsentschädigungen ehrenamtlicher Bürgermeister sollen von der Sozialversicherungspflicht freigestellt werden.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 2068

Antragssteller: Jörn Lucas

Ergänze: „Für Städte und Gemeinden mit mehreren Ortsteilen soll die Gemeindeordnung die Möglichkeit, für mehrere Ortsteile einen gemeinsamen Ortsbeirat einzurichten, eingeführt werden.“

Begründung: Die Stadt Bad Oldesloe hat 10 Dorfgemeinschaften und Ortsteile. Für jeden Ortsteil oder jede Dorfgemeinschaft jeweils einen eigenen Ortsbeirat einzurichten, würde die Politik und die Verwaltung der Stadt Bad Oldesloe überfordern. Es ist der erklärte Wille der CDU Bad Oldesloe den Ortsteilen eine begleitende beratende Funktion zu geben, ohne jedoch jedem Ortsteil einen eigenen Ortsbeirat zu geben. Der Versuch der Einrichtung eines „Beirates für Angelegenheiten der dörflichen Ortsteile“ nach § 47 d Gemeindeordnung -Sonstige Beiräte, scheiterte jedoch an einer rechtlichen Prüfung der Stadt Bad Oldesloe und an dem Unwillen der politischen Mitbewerbern.

Zeile 2123

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Ergänze im Anschluss an Zeile 2123: „Dabei ist es unser Ziel, einseitige Belastungen für die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner zu reduzieren.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 2124

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Ergänze nach Zeile 2124: „Außerdem werden wir eine Ringschließung der U1 von Hamburg-Ohlstedt nach Norderstedt prüfen.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 2124

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Ergänze nach Zeile 2124: „Außerdem bleibt unser Ziel eine Verbesserung der Busverbindungen von Hamburg ins Umland und zurück zugunsten der Pendlerinnen und Pendler und zur Förderung der Klimafreundlichkeit.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 2124

Antragssteller: Sven Meding

Ändere wie folgt:

„,Es gilt, den Schienenverkehr in der Metropolregion noch attraktiver zu machen, u.a. durch Optimierung der S-Bahn Takte, sowohl zur Tageszeit, als auch zur Nachtzeit.“

Begründung: Die Formulierung „Schienenverkehr“ ist allgemeiner gehalten. Für den Bereich der S4 Ost wurden die Schwierigkeiten in der Umsetzung in einem Änderungsantrag zu Zeile 1577 bereits benannt.

Zeile 2126 - 2128

Antragssteller: Sven Meding

Ändere wie folgt: „Ein Schwerpunkt sind hier die Radschnellwege von Elmshorn, Bad Bramstedt, Ahrensburg und Geestacht Richtung Hamburg.“

Begründung: Durch den Richtungswechsel wird deutlich, dass Schleswig-Holstein das „Heft in der Hand“ hat.

Zeile 2137

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Ergänze als zusätzlichen Punkt nach 2137: „Außerdem bleibt unser Ziel eine Verbesserung der Busverbindungen von Hamburg ins Umland und zurück zugunsten der Pendlerinnen und Pendler und zur Förderung der Klimafreundlichkeit.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 2153 - 2157

Antragssteller: Wulf Henning Reichardt

Ersetze nach „... in der Ostseeregion“: „Deshalb ist es uns wichtig, die von der EU geschaffene Modellregion Hansebelt Hamburg Kopenhagen als das Großprojekt überhaupt mit aller Kraft und voller neuer Ideen auszugestalten. Dafür müssen wir den Bund und die EU aber auch die Menschen vor Ort zur vollen Unterstützung gewinnen. Auch deswegen ist es so wichtig, die feste Fehmarnbeltquerung entschlossen voranzutreiben und den damit neu entstehenden Wirtschaftsraum für eine Stärkung dieser engen wirtschaftlichen Verflechtung zu nutzen und neue Unternehmen anzusiedeln. Zudem wollen wir auch den Jütlandkorridor weiter stärken zu unserem zweitwichtigsten Exportland Dänemark. Hier gilt es auch...“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 2755

Antragssteller: Christina Herbst

Ergänze nach nach „ausforderungen der Zeit meistern“: „Die Heimische Ernährungsproduktion muss immer gewährleistet werden, da diese am besten kontrolliert und nachvollzogen werden kann sowie die kürzesten Lieferwege hat.“

Begründung: Aktuell befindet sich die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein und Global in einer Krise, wie andere Bereiche der Wirtschaft. Es gibt Lieferengpässe von Betriebsmitteln aus verschiedenen Gründen:

- 1) Fehlende Transportmöglichkeiten.
- 2) Fehlende Importmöglichkeiten auf Grund von Exportstops anderer Länder oder Embargos wie z.B. mit

Weissrussland.

3) Fehlende Produktionskapazitäten auf Grund zu hoher Energiepreise. Hier ist besonders die Harnstoffproduktion für AdBlue, aber auch Dünger betroffen. Derzeit sind die Düngerpreise so hoch, dass es zum reduzierten Einsatz im Frühjahr 2022 kommen wird und so die pflanzlichen Erträge und Qualitäten nicht gewährleistet werden können. Das wird sich in den folgenden Jahren auch bemerkbar machen. Die Trecker, die normal auch mit AdBlue fahren, können auch bei AdBlue – Engpässen weiter fahren, jedoch mit schlechteren Abgasswerten. Bei Lkw's sieht dies anders aus, die müssen bei fehlendem AdBlue stehen bleiben, was Begründung Nr. 1 nochmal verstärkt. Jetzt schon fehlen Produktionskapazitäten auf Grund zu geringer Erzeugerpreise. In 2021 wurden z.B. 13,8 % weniger Schweine in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Vorjahr gehalten, was nicht verwunderlich ist wenn ein Mäster aktuell einen Verlust von 30 bis 50 € / Mastschwein einfährt. Manche Betriebe lassen Ihre Ställe leer stehen, andere haben komplett aufgehört. Beim Gemüse- und Obstanbau, sinken die Anbauflächen auch aktuell, weil die Erzeugerpreise die erhöhten Betriebsmittel- und Lohnkosten (steigender Mindestlohn) nicht decken. Der Selbstversorgungsgrad in Deutschland in 2020 beträgt laut BMEL aktuell für Gemüse 36 %, Obst 22% (Wirtschaftsjahr 2018/19) und Hülsenfrüchte 61 %.

Zeile 2791

Antragssteller: Kreisfachausschuss Umwelt

Ändere: „2045“ in „2040“.

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich.

Zeile 2805

Antragssteller: Kreisfachausschuss Umwelt

Ändere: „2045“ in „2040“.

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich.

Zeile 2844

Antragssteller: Kreisfachausschuss Umwelt

Ergänze: „CO2-Neutralität ist nicht genug; wir müssen CO2-negativ werden

Um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen, ist nach dem heutigen Stand der Wissenschaft hinlänglich untermauert, dass dies nur durch das zusätzliche Neutralisieren von bereits freigesetztem Kohlenstoffdioxid gewährleistet werden kann.

Die technischen Verfahren bestehen dabei im Abscheiden von CO₂-Emissionen und deren Speicherung (CCS) bzw. deren zukünftiger technischer Nutzung (CCU). Ersteres Verfahren ist hinlänglich erforscht und umsetzbar, die zukünftige weitere Nutzung muss hingegen weiter erforscht werden. Dies kann Schleswig-Holstein durch

seine Universitäten und Forschungseinrichtungen vorantreiben und darauf einen Forschungs- und Förderschwerpunkt legen.“

Begründung: Mit den zurzeit betriebenen Klimaschutzmaßnahmen ist absehbar, dass die Zielvorgaben, die sich aus der entsprechenden Bundesgesetzgebung zum Klimaschutz ergeben, gerissen werden dürften. Folglich wird eine Nachsteuerung erforderlich werden. Diese muss das Ziel haben, Klimagasemissionen, die bereits erfolgt sind, durch das Absondern von Kohlenstoffdioxid an der Quelle in ihrer Wirkung auf das Klima zu neutralisieren.

Diese Maßnahme wird allerdings nur dann erforderlich, wenn die Zielvorgaben (auch die für 2030 definierten Sektorziele) nicht erreicht werden. Darüber hinaus können diese Verfahren eine Basis für die partielle Weiternutzung von fossilen Energieträgern bilden, um dies dort, wo es nicht anders machbar ist, weiter zu erlauben.

Diese Technologie ist umstritten; die Union hat hier die Möglichkeit, technische Verfahren zu vertreten, die nachhaltig sind, in anderen Ländern aktiv verfolgt werden (Norwegen/UK) und einen merkbaren Beitrag zum Klimaschutz leisten können. Hierbei bezöge die CDU eindeutig Position und macht sich dadurch auch unterscheidbar. Verpressung von Kohlenstoffdioxid in den Untergrund findet selbstverständlich nur in geeignete Lagerstätten statt.

Zeile 2912

Antragssteller: Christina Herbst

Ergänze: „Die Wertigkeit des Bodens soll anhand einer Kombination aus Standort, Bodenpunkten und Wirtschaftlichkeit bewertet werden.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 2919

Antragssteller: Kreisfachausschuss Umwelt

Ergänze: „Herausforderung: Grundlastversorgung

Die Grundlastfähigkeit der Stromversorgung bei Nutzung von Wind und Solarenergie stellt eine besondere Herausforderung dar und ist ohne die Bereitstellung von adäquaten Speicherkapazitäten nicht gewährleistet.

Wir wollen daher prüfen, wie bestehende Kohlekraftwerke zur Strom- und Wärmeversorgung durch Nutzung fester Biomasse einen Beitrag zur Grundlastsicherung leisten können und dies mit entsprechenden Mitteln finanziell fördern.“

Begründung: Die Ansätze aller Parteien zielen per heute lediglich auf den Ausbau von Wind- und Sonnenenergie ab und dann in einem zweiten Schritt in die Wasserstoffwirtschaft. Dabei ist klar, dass der benötigte Wasserstoff nicht in ausreichender Menge in Deutschland allein hergestellt werden kann. Zeitlich wird die Umsetzung noch mindestens bis in die Mitte des nächsten Jahrzehnts brauchen.

Die Speicherung von Wind- und Sonnenenergie stellt darüber hinaus eine besondere, bisher nicht gelöste, Herausforderung dar. Die Grundlastversorgung ist somit nicht gesichert.

Die Menge unserer Energie wird aber als Grundlast nachgefragt.

Einige unserer Nachbarländer, insbesondere Dänemark, haben neben Wind und Sonne auch feste Biomasse als nachhaltigen, CO₂-neutralen Brennstoff massenhaft in ihr Erzeugungsportfolio aufgenommen. Wenn diese Brennstoffe auch zu guten Teilen eingeführt werden, so kommen sie doch alle aus rechtssicheren Herkunftsländern. Brennstoffe sind dabei Holzreste oder auch agrarische Reststoffe, die in der Nahrungsmittelkette keine Verwendung mehr finden.

Dieser Ansatz wäre ein Alleinstellungsmerkmal für die Union und in zeitlich überschaubarem Rahmen realisierbar. Biomass Conversion Technologies | Ørsted (orsted.com) Home - Lynemouth Power Energy source – Biomass/Biogas (rwe.com)

Zeile 2976

Antragssteller: Kreisfachausschuss Umwelt

Ergänze: „Wir wollen die Umstellung fossiler Kraftwerke von Kohle auf feste Biomasse fördern, um so eine Grundlastversorgung zu gewährleisten.“

Begründung: Die Ansätze aller Parteien zielen per heute lediglich auf den Ausbau von Wind- und Sonnenenergie ab und dann in einem zweiten Schritt in die Wasserstoffwirtschaft. Dabei ist klar, dass der benötigte Wasserstoff nicht in ausreichender Menge in Deutschland allein hergestellt werden kann. Zeitlich wird die Umsetzung noch mindestens bis in die Mitte des nächsten Jahrzehnts brauchen.

Die Speicherung von Wind- und Sonnenenergie stellt darüber hinaus eine besondere, bisher nicht gelöste, Herausforderung dar. Die Grundlastversorgung ist somit nicht gesichert.

Die Menge unserer Energie wird aber als Grundlast nachgefragt.

Einige unserer Nachbarländer, insbesondere Dänemark, haben neben Wind und Sonne auch feste Biomasse als nachhaltigen, CO₂-neutralen Brennstoff massenhaft in ihr Erzeugungsportfolio aufgenommen. Wenn diese Brennstoffe auch zu guten Teilen eingeführt werden, so kommen sie doch alle aus rechtssicheren Herkunftsländern. Brennstoffe sind dabei Holzreste oder auch agrarische Reststoffe, die in der Nahrungsmittelkette keine Verwendung mehr finden.

Dieser Ansatz wäre ein Alleinstellungsmerkmal für die Union und in zeitlich überschaubarem Rahmen realisierbar. Biomass Conversion Technologies | Ørsted (orsted.com) Home - Lynemouth Power Energy source – Biomass/Biogas (rwe.com)

Zeile 3115

Antragssteller: Kreisfachausschuss Umwelt

Ergänze: „Wir setzen uns für eine konsequente Mülltrennung ein.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich.

Zeile 3181

Antragssteller: Kreisfachausschuss Umwelt

Ergänze nach „fernzuhalten“: „und unsere Wasserqualität wird deutlich verbessert.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich.

Zeile 3215

Antragssteller: Kreisfachausschuss Umwelt

Ergänze: „Landwirte erbringen für unsere Gesellschaft eine tragende Rolle beim Natur- und Umweltschutz. Das verdient unsere Wertschätzung.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich.

Zeile 3226

Antragssteller: Christina Herbst

Füge ein zwischen „konventionell“ und „oder ökologisch“: „regenerativ“

Begründung: Die regenerative Landwirtschaft ist ein Teil der Agrarökologie. Der besondere Fokus liegt auf der Regeneration von Böden und Ökosystemen. Regenerative Landwirtschaft heißt geschädigte Böden, Vegetation, natürliche und produktive Ökosysteme, Wasserzyklen und Klima wieder herzustellen und kontinuierlich zu verbessern (Quelle: „Definition Regenerative Landwirtschaft“ von Hellmut von Körber Juli 2018). Praktisch übersetzt heißt es Humus (Speicher für CO₂, Nährstoffe und Wasser) aufbauen durch weniger Erdbewegung und Anbau von Zwischenfrüchten und breiterer Fruchtfolgen neben dem möglichen Einsatz von Wirtschaftsdüngern (Gülle, Festmist, Klärschlamm und Kompost). Das Bodenleben in Form von Tieren (Insekten, Würmer), Pilzen und Bakterien in ein Gleichgewicht zurück zu bringen. Weniger Erdbewegung auf dem Feld heißt auch weniger Überfahrten, was zu Dieseleinsparung und weniger Abgasen führt, hierzu gehören Mulch- und Direktsaatverfahren.

Zeile 3238 – 3243

Antragssteller: Kreisfachausschuss Umwelt

Streiche ersatzlos.

Begründung: Sie bringen keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn und sind unnötig.

Zeile 3561

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen: „Wir setzen uns dafür ein, dass die Vorschriften zum Datenschutz unter Wahrung ihres Verfassungsranges so angepasst werden, dass Straftaten effektiv aufgeklärt und Opfer ihre Ansprüche effektiv verfolgen können.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3578

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Ändere in Zeile 3578: „Der klar geregelte Einsatz von Bodycams schützt gleichermaßen die Polizistinnen und Polizisten vor Gewalt und unzutreffenden Anschuldigungen als auch die Bürgerinnen und Bürger in ihren Freiheitsrechten.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3580

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen: „Diesen Einsatz wollen wir auch in Wohnungen und Geschäftsräumen ermöglichen.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3582

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen: „Wir wollen dazu beitragen, dass Beamtinnen und Beamte schreckliche Bilder und traumatische Erfahrungen aus belastenden Einsätzen und Ermittlungsverfahren verarbeiten können.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3583

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen: „Deshalb müssen wir eine zügige und umfassende Betreuung durch psychologische Fachkräfte und Seelsorge gewährleisten.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3587 - 3588

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Streichen: „Dabei werden wir auch die klimaneutrale Mobilität vorantreiben.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3595

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen: „Den pauschalen Rassismusvorwürfen gegenüber der Polizei treten wir entschieden entgegen.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3598

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Ergänze: „auch in Wohnungen und Geschäftsräumen“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3611

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 3611 als zusätzlichen Punkt: „Wir wollen eine landesweite Kampagne „Blaue Schleife“ betreiben, um Einsatzkräften, die sich für unsere Sicherheit und unser Wohlergehen einsetzen, unsere Solidarität zu zeigen.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3624

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen in Zeile 3624: „Dadurch können unsere Polizistinnen und Polizisten wieder mehr ihren Dienst auf der Straße wahrnehmen und sichtbar sein – im ländlichen Raum und in Brennpunkten.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3643

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen in Zeile 3643: „Wir wollen auch weiterhin zusätzliches Personal in der Landespolizei einstellen und die Bereitschaftspolizei stärken.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3649

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 3649 als weiteren Punkt: „Wir werden fortlaufend prüfen, ob die Polizei von vollzugsfremden Aufgaben weiter entlastet werden kann, damit die Ressourcen primär dem Kerngeschäft zu Gute kommen.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3659

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen vor Zeile 3659: „Damit die Polizei auch im Netz verstärkt auf Streife geht, werden wir zur Verfolgung von internettypischen Straftaten wie Hackerangriffen, bandenmäßigem Betrug bei Fake Shops, Identitätsdiebstahl, Hasskriminalität etc. in sozialen Netzwerken mehr Ermittlerinnen und Ermittler einsetzen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass digitale Endgeräte nach gespeicherten Daten rechtsicher und online durchsucht werden können.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3670

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 3670: „Der Einsatz moderner Fahndungsinstrumente wie bspw. automatische Kennzeichenlesesysteme, Dashcams und Drohnen wollen wir ebenso forcieren wie den Einsatz mobiler IT im Streifenwagen und die ausreichende Ausstattung mit Smartphones und Laptops, damit unmittelbar auf Lagebilder, Ermittlungsinstrumente und Auskunftssysteme zugegriffen werden kann. Daneben werden wir den weitergehenden Einsatz von Elektroimpulsgeräten (Taser) prüfen.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3670

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 3670: „In begründeten Einzelfällen wollen wir zudem eine erweiterte DNA-Analyse ermöglichen, um damit Erkenntnisse zum äußeren Erscheinungsbild von Tatverdächtigen zu gewinnen.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3670

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 3670: „Wir wollen darüber hinaus den polizeilichen Gewahrsam von Gefährdern erweitern, um drohende Anschläge wirksam verhindern zu können.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3670

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 3670: „An besonderen Gefahrenpunkten wie etwa Flughäfen, Bahnhöfen, Sportstätten, Einkaufszentren und Packstationen wollen wir Videosicherheitstechnik angemessen ausweiten, um Straftäter abzuschrecken und Straftaten besser aufklären zu können.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3670

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 3670: „Wir setzen uns außerdem für kompatible länderübergreifende Softwareprogramme ein. Nationale und europäische Datensysteme sind unverzichtbar für eine moderne Polizeiarbeit.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3697

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen in Zeile 3697 nach „...verhandelt werden können. Dies gilt auch für das vereinfachte Jugendverfahren.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3699

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen in Zeile 3699: „Auch die Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde soll intensiviert werden.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3699

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 3699: „Gleichzeitig prüfen wir auch personelle Entlassungen und Verstärkungen in Fällen, in denen umfangreiche Ermittlungsverfahren, z.B. im Bereich der Wirtschaftskriminalität, besonders viele Kräfte binden.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3703

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 3703: „Im strafrechtlichen Sanktionensystem wollen wir auf Bundesebene erreichen, dass das nicht aus dem Gesetz heraus, sondern allein aus einer unterschiedlichen Rechtsanwendungspraxis beruhende Nord-Süd-Gefälle bei der Zumessung angeglichen wird. Hierzu wollen wir die Strafzumessungskriterien kodifizieren. Sog. Kettenbewahrungen darf es im Normalfall nicht mehr geben.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3715

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 3715: „Insbesondere in Zivilverfahren sollen die Möglichkeiten für Online-Verhandlungen genutzt werden.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3720

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Weiterer Punkt im Anschluss: „Bei häuslicher Gewalt wollen wir durch die Vernetzung aller im Gewaltschutz beteiligten Akteure eine Verfahrensbeschleunigung erreichen.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3750

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 3750 als zusätzlichen Punkt: „Die Möglichkeiten, Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit abzuleisten, wollen wir ausbauen.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3766

Antragssteller: Jörn Lucas

Ergänze: „Die Erfahrung aus der Pandemie, die Gebote und Verbote der Corona-Verordnungen werden mangels eines funktionierenden kommunalen Ordnungsdienstes dürfen sich nicht wiederholen. Der Staat muss bereit sein, seine eigenen Regeln durchzusetzen, hier muss das Land mit Polizeikräften unterstützende tätig werden.“

Begründung: In der Pandemie fand die Durchsetzung der Gebote und Verbote der Corona-Verordnung nicht statt. Die Kommune verwies auf die Zuständigkeit des Kreises, der Kreis ignorierte diese Aufgabe und die Polizei hat man hier überhaupt nicht gesehen. Es erfolgte keine Überwachung der Einhaltung der Pflicht des Tragens einer Mund-Nasenbedeckung oder die Einhaltung sonstiger Regeln. Das hat dazu geführt, dass die Gebote und Verbote der Corona-Verordnung mehr als Vorschlag oder Anregung wahrgenommen worden ist. Land und Kreis dürfen sich bei der Durchsetzung der eigenen Regeln nicht mehr wegducken.

Zeile 3775

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 3775 als zusätzlicher Punkt: „Altersgruppenspezifische Kriminalität bekämpfen wir auch durch Präventionsarbeit vor Ort - vom Cybergrooming an Minderjährigen bis hin zu Betrugsmaschinen gegen Seniorinnen und Senioren.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3775

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen als weiterer Punkt nach Zeile 3775: „Daneben werden wir eine niederschwellige gesetzliche Möglichkeit für kommunale Waffenverbotszonen in den Städten und Gemeinden schaffen.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3866 - 3867

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Streichung: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Begründung Die Arbeitsdefinition der IHRA enthält den letzten Satz gerade nicht. Alternativ ist klarzustellen, dass es sich bei dem letzten Satz des Zitats um eine Erweiterung der Bundesregierung aus dem Jahr 2017 handelt.

Zeile 3893

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 3893 als weiteren Punkt: „Wir wollen Einrichtungen und Projekte fördern und stärken, die Primärziel es ist, sich Hassgewalt entgegenzustellen und durch Beratung, Aufklärung und Opferhilfe einen Beitrag im Kampf gegen Diskriminierung zu leisten. Damit treten wir einer zunehmenden Verrohung der Debattenkultur entgegen.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3899

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen in Zeile 3899: „Bedrohungen durch Rechts- und Linksextremisten, durch Reichsbürger, durch den ausländischen Extremismus...“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3933

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 3933: „Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen, die aus dem Ausland ohne Identitätsdokumente nach Deutschland kommen, verbindliche Ersatzdokumente ausgestellt bekommen, für deren Änderung eine Beweislastumkehr gilt. Zusätzlich werden sie zwingend einer gesonderten erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen. § 49 Abs. 5 AufenthG ist entsprechend anzupassen. Auf dem Verwaltungswege ist sicherzustellen, dass die bestehenden Instrumente des AsylG und AufenthG tatsächlich in jedem Einzelfall Anwendung finden.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 3966

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche: „Wir stehen ein für eine Parität zwischen den Geschlechtern, die sich überall wiederfinden muss.“

Begründung: Allein die Leistung und Qualifikation sollen als Kriterien für eine Einstellung entscheidend sein. Wir lehnen es ab, Menschen auf ihre äußeren Merkmale zu reduzieren.

Zeile 4112

Antragssteller: Kreisfachausschuss Arbeit, Soziales und Gesundheit

Ergänze: „Wir setzen uns dafür ein, dass Senioren den ÖPNV kostenlos nutzen können, wenn sie ihre Fahrerlaubnis freiwillig abgeben.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 4141 - 4143

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche: „Wir wollen Parität bei allen Führungspositionen in der Landesverwaltung, in landeseigenen und in Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung.“

Begründung: Allein die Leistung und Qualifikation sollen als Kriterien für eine Einstellung entscheidend sein. Wir lehnen es ab, Menschen auf ihre äußeren Merkmale zu reduzieren.

Zeile 4154 - 4155

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche: „Auch politische Führungspositionen in der Landesregierung wollen wir weiter paritätisch besetzen. Unser Ziel sind auch paritätische Parlamente auf Landes- und kommunaler Ebene.“

Begründung: Allein die Leistung und Qualifikation sollen als Kriterien für eine Einstellung entscheidend sein. Wir lehnen es ab, Menschen auf ihre äußeren Merkmale zu reduzieren.

Zeile 4155

Antragssteller: Patrick Ziebke

Ersetze: „Unser Ziel sind auch paritätische Parlamente auf Landes- und kommunaler Ebene.“

Durch: „Unser Ziel sind auch paritätische Vertretungskörperschaften auf Landes- und kommunaler Ebene.“

Begründung: Der Begriff Parlament beschränkt sich nach herrschender Ansicht auf legislative Organe und umfasst gerade nicht die der Exekutive zuzurechnenden Gremien der kommunalen Selbstverwaltung.

Zeile 4160 - 4161

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche: „Veranstaltungen des Landes wie Podiumsdiskussionen, Foren und ähnliche werden wir Geschlechter durchmischt besetzen.“

Begründung: Allein die Leistung und Qualifikation sollen als Kriterien für eine Einstellung entscheidend sein. Wir lehnen es ab, Menschen auf ihre äußeren Merkmale zu reduzieren.

Zeile 4168 - 4169

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche: „Wir wollen Führungspositionen in der Landesverwaltung, in landeseigenen und in Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung paritätisch besetzen.“

Begründung: Allein die Leistung und Qualifikation sollen als Kriterien für eine Einstellung entscheidend sein. Wir lehnen es ab, Menschen auf ihre äußeren Merkmale zu reduzieren.

Zeile 4175

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche: „Podien bei Veranstaltungen des Landes sollten geschlechtergemischt gestaltet sein.“

Begründung: Allein die Leistung und Qualifikation sollen als Kriterien für eine Einstellung entscheidend sein. Wir lehnen es ab, Menschen auf ihre äußeren Merkmale zu reduzieren.

Zeile 4176

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche „Geschlechtersensible“

Begründung: Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.

Zeile 4177 – 4178

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche „auf unterschiedliche Art und Weise“

Begründung: Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.

Zeile 4180

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche „stetig weiter“

Begründung: Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.

Zeile 4181

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche „Geschlechtersensibilität“ und setze: „Sprache“

Begründung: Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.

Zeile 4182 – 4184

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche von „Uns ist“ bis „überlassen sein“ und setze:

„Die Verwendung von Sprache soll jedem selbst überlassen sein.“

Begründung: Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.

Zeile 4185

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche „gesellschaftlicher Wandel in der“

Begründung: Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.

Zeile 4186

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche „nicht nur geschlechtersensibel verwendet werden, sondern gleichermaßen“

Begründung: Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.

Zeile 4191

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche „sowohl der Nicht-Anwendung wie auch der Anwendung“ und „geschlechtersensibler“

Begründung: Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.

Zeile 4197

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche hinter Kontext: „kritisch“

Begründung: Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.

Zeile 4199

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche „Uns ist geschlechtersensible Sprache wichtig“

Begründung: Geschlechtersensible Sprache, oft umgesetzt durch Gendern, ist ein gesellschaftspolitisches Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte. Die durch diese Symbol- und Identitätspolitik repräsentierte Weltanschauung, welche durch ihren Fokus auf das Kollektiv das Individuum und seine Eigenverantwortung

negiert, stellt damit eine erhebliche Verwässerung des Markenkerns der CDU da. In Anbetracht eines bereits gegen die CDU gerichteten Trends, birgt diese Verwässerung das Potential einer weiteren Entfremdung der CDU und der ihr zugeneigten Wähler. Gleichzeitig werden Wähler, welche sich durch derartige Themen angesprochen fühlen, nicht erwägen die CDU zu wählen, weil es bereits Parteien gibt, welche eine höhere wahrgenommene Kompetenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf Geschlechtersensibilität aufweisen.

Zeile 4204

Antragssteller: Jörn Lucas

Streiche: „gegen Frauen“

Begründung: Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, welches nicht nur Frauen und Kinder ausgesetzt sind, sondern auch – wenn auch in zahlenmäßig kleiner Anzahl – Männer. Dabei sind Männer Opfer von Gewalt, die von anderen Männern aber auch von Frauen ausgeübt wird. Das wird im erläuternden Text zwar auch genannt, aber durch die Überschrift nicht deutlich genug.

Für denjenigen der Gewalt oder anderen Formen von Übergriffen ausgesetzt sind, ist es egal ob er Teil einer kleinen oder großen Zahl von Menschen ist: Er ist in diesem Fall Ziel von Gewalt. Mehr noch: Durch die Spezifizierung von Männern als Tätern und Frauen und Kindern als Opfern, werden Männer davon abgehalten, sich Hilfe zu suchen.

Das soll nicht bedeuten, dass die vorhandenen Programme in Frage gestellt werden sollen, sondern, dass Männer (und Jungen) ebenfalls als mögliche Ziele von Übergriffen mitgedacht werden.

Zeile 4216

Antragssteller: Jörn Lucas

Ergänze nach 4216: „Auch die Arbeit von „Männerberatung Schleswig-Holstein“, der Beratung für Männer, die sexuelle und häusliche Gewalt erlebt haben, wird weiterhin gefördert und ausgebaut.“

Begründung: Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, welches nicht nur Frauen und Kinder ausgesetzt sind, sondern auch – wenn auch in zahlenmäßig kleiner Anzahl – Männer. Dabei sind Männer Opfer von Gewalt, die von anderen Männern aber auch von Frauen ausgeübt wird. Das wird im erläuternden Text zwar auch genannt, aber durch die Überschrift nicht deutlich genug.

Für denjenigen der Gewalt oder anderen Formen von Übergriffen ausgesetzt sind, ist es egal ob er Teil einer kleinen oder großen Zahl von Menschen ist: Er ist in diesem Fall Ziel von Gewalt. Mehr noch: Durch die Spezifizierung von Männern als Tätern und Frauen und Kindern als Opfern, werden Männer davon abgehalten, sich Hilfe zu suchen.

Das soll nicht bedeuten, dass die vorhandenen Programme in Frage gestellt werden sollen, sondern, dass Männer (und Jungen) ebenfalls als mögliche Ziele von Übergriffen mitgedacht werden.

Zeile 4247

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 4247: „Zudem wollen wir gerichtsfeste Zeugenaussagen von traumatisierten Opfern in einem geschützten Umfeld ermöglichen.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 4263

Antragssteller: Kreisfachausschuss Arbeit, Soziales und Gesundheit

Ergänze: „Wir wollen ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot an Frauenhausplätzen. Dazu wollen wir gemeinsam mit den Kreisen schauen, wo neue Frauenhäuser entstehen sollen.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 4416

Antragssteller: JU Stormarn

Ergänze "Wir werden das Konzept faires PJ für Medizinstudenten umsetzen, um weiterhin attraktiv für junge Ärzte zu bleiben"

Begründung: PJ-Studenten sind ein wichtiger Teil der Gesundheitsversorgung der heutigen Zeit. Dafür sollten sie eine angemessene Aufwandsentschädigung erhalten, um sich auf ihre Ausbildung und ihre Tätigkeiten im Krankenhaus konzentrieren zu können.

Zeile 4552

Antragssteller: Kreisfachausschuss Arbeit, Soziales und Gesundheit

Ergänze: „Viele Paare, auch unverheiratete Paare, wünschen sich ein Leben mit Kindern, doch einige bleiben ungewollt kinderlos.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 4650

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 4650 nach „weiterentwickeln.“: „Dazu zählen der Versicherungsschutz im Ehrenamt, Qualifizierungsmaßnahmen, Fachtagungen, Netzwerktreffen, ein breites Informationsangebot im Internet und die Unterstützung durch Ansprechpartner im Land und vor Ort.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 4668

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 4668: „Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Entschädigungen für ehrenamtlich Tätige bis zu einem Höchstbetrag von monatlich 1.000 Euro steuerfrei gestellt werden.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 4711

Antragssteller: Jörn Lucas

Ergänze nach: Wir führen die Sanierungs- und Modernisierungsoffensive für Sportanlagen und Schwimmstätten weiter fort „und streben dabei ein Förderung von vereinseigenen Sportsätten in vergleichbarer Höhe anderer Bundesländer, z. B 30 % der Investitionssumme bei einem maximalen Zuschuss von 100 T€ an.“

Begründung: Die Förderung vereinseigener Sportstätten liegt im Lande Schleswig-Holstein deutlich unter den Förderungsmöglichkeiten andere Bundesländer. Vereinseigene Sportstätten stärken jedoch den organisierten Sport und verbessern die Angebote vor Ort.

Zeile 4719

Antragssteller: Jörn Lucas

Neuer Punkt nach 4719

Zur Leistungsförderung müssen schul- und schulartübergreifende Bewegungsangebote, z.B. Jahrgangsmannschaften/Trainingsgruppen in Ballsport- oder Individualsportarten möglich sein, so dass in einer Region die größeren Sportarten auch im Leistungsbereich gefördert werden.

Begründung: Es ist wichtig, dass diese zusätzliche Bewegungsangebote auch schul(art)übergreifend stattfinden können müssen, denn sonst gibt es keine Bewegungsvielfalt, sondern nur in jeder Schule eine Fußball AG. Schul(art)übergreifende Mannschaften oder Trainingsgruppen ermöglichen eine Leistungsförderung und bilden die Grundlage für einen leistungsorientierten Wettkampfsport.

Zeile 4767

Antragssteller: Kreisfachausschuss Innen, Recht und Kommunales

Einfügen nach Zeile 4767 als zusätzlichen Punkt: „Die Vermittlung von Medienkompetenz ist auch Demokratiebildung. Wir müssen unsere jungen Menschen für die Gefahren von Demagogie und Populismus sensibilisieren. Wir werden die Aufklärung von Kindern und Jugendlichen im Bereich Extremismus und Internetkriminalität mittels moderner Medien intensivieren. Dies gilt auch für Extremismus, der unter dem Deckmantel der Kultur daherkommt. Hierzu werden wir u.a. besondere Projekte für Jugendliche in sozial schwierigen Wohngebieten prüfen.“

Begründung: Erfolgt ggf. mündlich

Zeile 4772

Antragssteller: JU Stormarn

Setze hinter Kultur: „Weltanschauung“

Begründung: Wie die Verankerung im Allgemeinen-Gleichbehandlungs-Gesetz oder auch dem Grundgesetz zeigt, ist die Möglichkeit einer Diskriminierung aufgrund der politischen Weltanschauung eine reale Gefahr.

Die Auslassung dieser Facette von Diskriminierung im Entwurf zum Landtagswahlprogramm stellt ein Versäumnis da, welches korrigiert werden muss.

Zeile 4772

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche: „Fähigkeiten“

Begründung: Die Unterscheidung von Menschen anhand ihrer Fähigkeiten stellt eine Notwendigkeit der Gesellschaft da und ist keine unzulässige Diskriminierung. Bei Bewerbungen werden die Bewerber anhand ihrer Fähigkeiten und Leistungen ausgewählt, bei zulassungsbeschränkten Studiengängen wird aufgrund von in der Vergangenheit erbrachter Leistungen auf die Fähigkeit zum Studium geschlossen und bei Staatsprüfungen wird zum Schutze wichtiger Gemeinschaftsgüter die

Zulassung zu einem Beruf von einem Mindestmaß an erworbenen Fähigkeiten abhängig gemacht.

Zeile 4775

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche: „struktureller“

Begründung: Das Unterbinden von unzulässiger Diskriminierung und Rassismus ist eine wichtige und unverzichtbare gesamtgesellschaftliche Aufgabe, um Chancengleichheit herzustellen. Das Konzept der strukturellen Diskriminierung widerstrebt in seiner Finalisierung nicht nur der Chancengleichheit, indem es Ergebnisgleichheit forciert, sondern verharmlost auch reale Akte von unzulässiger Diskriminierung und Rassismus.

Zeile 4783

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche: vor Rassismus und Diskriminierung: „strukturellen“

Begründung: Das Unterbinden von unzulässiger Diskriminierung und Rassismus ist eine wichtige und unverzichtbare gesamtgesellschaftliche Aufgabe, um Chancengleichheit herzustellen. Das Konzept der strukturellen Diskriminierung widerstrebt in seiner Finalisierung nicht nur der Chancengleichheit, indem es Ergebnisgleichheit forciert, sondern verharmlost auch reale Akte von unzulässiger Diskriminierung und Rassismus.

Zeile 4792

Antragssteller: JU Stormarn

Streiche: „strukturellem“

Begründung: Das Unterbinden von unzulässiger Diskriminierung und Rassismus ist eine wichtige und unverzichtbare gesamtgesellschaftliche Aufgabe, um Chancengleichheit herzustellen. Das Konzept der strukturellen Diskriminierung widerstrebt in seiner Finalisierung nicht nur der Chancengleichheit, indem es Ergebnisgleichheit forciert, sondern verharmlost auch reale Akte von unzulässiger Diskriminierung und Rassismus.

Zeile 5232

Antragssteller: Jörn Lucas

Ergänze nach 5232: „... Organisationen die antisemitische Projekte, Maßnahmen oder Inhalte fördern erhalten zukünftig keine Landesmittel.“

Begründung: Keine Landesmittel für Antisemitismus.

Zeile 5300 ff.

Antragssteller: JU Stormarn

Füge ein neuen Punkt: „Wir wollen eine grundsätzliche Reform des öffentlichen Rundfunks und einen Rundfunkbeitrag von maximal 10 Euro.“

Begründung: Der Verbraucher soll entscheiden können, welche Medien-Angebote er wahrnimmt, statt zu einem zu einem teuren Rundfunkbeitrag gezwungen zu werden.
